

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-52301](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-52301)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens $\frac{1}{2}$ Bogen.

Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großh. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

für

Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Sonnabend, 2. December.

1848.

N^o 97.

Deutscher Volksverein.

Gesehen, Oldenburg im Kasino am 25. November 1848.

Die heutige sehr zahlreich besuchte Versammlung wurde mit verschiedenen Mittheilungen eröffnet. Es war ein Schreiben von dem mit der Leitung des nationalen Vereins beauftragten Ausschuss des Bürgervereins zu Cassel eingegangen, welches eine Erwiderung auf den von hieraus mitgetheilten Beschluss vom 13. d. M. enthielt. Diesem war eine von dort ergangene Adresse an die National-Versammlung zu Frankfurt und eine „kurze geschichtliche Darstellung der Gründung des nationalen Vereins“ angelegt und dabei bemerkt, daß dieselbe an die Stelle der beabsichtigten Ausgabe stenographischer Protokolle treten müsse, da sich diese als höchst lückenhaft und unzuverlässig ergeben hätten. — Sodann ward eine vom Casseler Ausschuss an die preussische National-Versammlung unter dem 20. Nov. erlassene Adresse mitgetheilt worden. — Diese Actenstücke wurden verlesen, hinsichtlich der „kurzen geschichtlichen Darstellung“ aber bemerkt, daß dieselbe, als zum Vorlesen zu umfangreich, an passenden öffentlichen Orten zur Einsicht ausgelegt werden sollte.

Sodann war an der Tagesordnung die Frage über das Verhältniß des Vereins zur Central-Gewalt und zur National-Versammlung, und über eine Aufforderung an das Land wegen Neuwahl unsrer Abgeordneten. Dieser Gegenstand wurde mit der

Verlesung eines von dem Abgeordneten von Buttell kürzlich eingekommenen sehr ausführlichen Berichts über seine bisherige politische Wirksamkeit eröffnet*).

Nach dessen Beendigung forderte Herr Rector Breier die Versammlung auf, dem Abgeordneten von Buttell für die Mittheilung einer so gründlichen, umfassenden und offenen Darstellung seiner politischen Thätigkeit durch Erheben von ihren Sätzen ihren Dank auszusprechen, und beantragte zugleich, daß der Vorstand beauftragt werde, dem Abgeordneten von Buttell den Dank des Vereins schriftlich auszudrücken. Die Versammlung erhob sich sofort, und trat sodann auch dem Antrage bei, nachdem noch erläuternd bemerkt war, daß dadurch keineswegs eine Zustimmung zu den politischen Ansichten des Abgeordneten ausgesprochen werden sollte.

Hierauf wurde ein von dem Herrn Schullehrer Böse und einigen Andern eingebrachter Antrag verlesen, und zur Debatte gebracht. Der Antragsteller nahm denselben indessen sofort zurück, und brachte dafür einen neuen ein, welcher in der Anlage enthalten ist. — Nachdem er diesen in mündlicher Rede begründet hatte, entspann sich eine Debatte, in welcher zunächst nur die Ansichten dahin auseinander gingen, ob man von Seiten des Vereins eine Aufforderung an die Nationalversammlung sich aufzulösen beschließen, oder ob man nur eine Mißtrauensadresse erlassen wolle. Die verschiedenen Redner

* S. das Beiblatt.



gingen davon aus, daß die Beschlüsse der Nat. Verf. in der preussischen Angelegenheit keineswegs gebilligt werden könnten, daß die Nat. Verf. sich dadurch in Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit des deutschen Volkes gesetzt habe, wie sie denn auch mit der Ueberzeugung des Volksvereins, die in dessen Beschlusse vom 13. d. M. ausgesprochen sei, in Widerspruch stehe. Allein während die Einen folgerten, daß eben aus diesem Widerspruch, in welchen sich die Nat. Verf. mit dem Volk immer mehr gesetzt habe, die Nothwendigkeit einer Neuwahl hervorgehe, weil die jetzige Versammlung, ihrer einzigen Stütze, des Gewichtes des öffentlichen Vertrauens, beraubt, nicht fähig erscheine, das Werk der Einigung Deutschlands weiter zu fördern; wurde von den Andern entgegengehalten, daß die Nat. Verf. sich in allen bisherigen Verfassungs-Bestimmungen immer auf dem Boden der demokratischen Freiheit erhalten, daß sie darin schon manches Wichtige geleistet habe, was nicht vergessen werden dürfe, daß aber auch die Anordnung einer Neuwahl politisch durchaus nicht rätlich sein möchte, weil sehr zu bezweifeln, ob die neuen Wahlen überall würden angeordnet werden, ob namentlich die Regierungen von Oesterreich und Preußen sich dazu würden ein zweites Mal bereit finden lassen. Immer aber sei unsre Stellung zur Nat. Verf. durch deren letzte Beschlüsse so wesentlich verändert, daß voller Grund vorliege, dies durch Erlassung einer Mißtrauens-Adresse auszusprechen. — Später wurde eine Ansicht dahin laut, daß auch zu einer solchen Mißtrauens-Adresse kein Grund vorliege, daß man vielmehr, wenn man auch Beschlüsse der Nat. Verf. mißbillige, doch diese letztere als die höchste gesetzliche Autorität achten, an ihr unter allen Umständen festhalten, und sie wohl durch ausgesprochene Billigung stärken, nicht aber durch ausgesprochenes Mißtrauen schwächen dürfe. Der letzte Redner äußerte sich in folgender Weise: eine Mißbilligung des Beschlusses der Nat. Verf. über den preuß. Landtag liege schon in den letzten Resolutionen des Vereins; solle diese Mißbilligung noch einmal direct ausgesprochen werden, so sei dagegen nichts einzuwenden. Darum aber könne es sich nie handeln, ob der Verein einen Beschluß der National-Versammlung anerkennen wolle oder nicht: die Nat. Verf. sei einmal gesetzlich höchstes Organ des Volkswillens.

Eine Auflösung der Nat. Verf. könne aber vom Verein um so weniger beantragt werden, als derselbe es vor kurzem in seiner Adresse ausgesprochen habe, daß die bestehende Nat. Verf. das begonnene Werk vollenden müsse.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der Antrag, die Abgeordneten zur Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern, mit 41 gegen 60 Stimmen, der Antrag auf eine Mißtrauens-Adresse mit 48 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag auf Erlassung einer Mißtrauens-Adresse gegen das Reichsministerium wurde zurückgenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung wurde, weil die obige Debatte lange Zeit in Anspruch genommen hatte, ausgefetzt, die Versammlung indessen, während sie sich schon zerstreute, wenigstens größtentheils noch zurückgehalten durch eine kurze und kräftige Ansprache, worin sie aufgefodert wurde, noch eine Pflicht zu erfüllen, und den Mänen des gemordeten Robert Blum ihre Theilnahme auszusprechen. Dies geschah mittelst lebhafter und einstimmiger Acclamation.

U n l a g e.

Zu Erwägung

1) daß die Nationalversammlung in Frankfurt in ihrer Majorität, zu welcher auch ein Theil der Oldenburgischen Abgeordneten gehört, den Wiener constituirenden Reichstag in seinen Rechten nicht hat schützen wollen, und die muthige Erhebung Wiens nicht unterstützt hat, während der deutsche Volksverein dazu aufgefodert hat,

2) daß die Majorität der Nationalversammlung und mit ihr ein Theil unsrer Abgeordneten dem König von Preußen das Recht zuerkannt hat, die preussische Nationalversammlung zu verlegen und zu vertagen, während der deutsche Volksverein der entschiedenen Haltung sowie den Beschlüssen der preussischen Nationalversammlung seine Anerkennung ausgesprochen, und erklärt hat, daß er die Handlungen des Ministerii Brandenburg für ungesetzlich und freiheitsgefährlich hält,

3) daß also die Majorität der deutschen Nationalversammlung nicht unsern Erwartungen entspricht, vielmehr der Reaction gegen die Freiheit hilfreiche Hand leistet,

erklärt der deutsche Volksverein in Oldenburg:

daß die Majorität der Nationalversammlung zu Frankfurt sein Vertrauen verloren hat,

und beschließt:

1) eine Mißtrauensadresse an die Majorität der deutschen Nationalversammlung;

2) einen Aufruf an das ganze Land, namentlich an alle politischen Organe desselben, dasselbe zu thun.

Landtagsverhandlungen.

Den 21. November.

Es wurden verschiedene Adressen und Petitionen über Civilliste, Wahlen und Veto vorgelegt, aus der Landgemeinde Oldenburg für das suspensive, aus Burchave für das absolute Veto und indirecte Wahlen.

Es wurde sodann über die Neuwahlen im Fürstenthum Birkenfeld Bericht erstattet. Von den zusammenberufenen 120 Wahlmännern waren 92 erschienen, hatten aber bis auf sieben die Wahl abgelehnt. In formeller Hinsicht wurde vom Ausschuss gegen die Wahlhandlung nichts eingewendet, namentlich auch nichts dagegen, daß keine neuen Urwahlen angeordnet worden, doch wurde jetzt der Antrag auf Anordnung neuer Urwahlen gestellt, mit dem Wunsche, daß die einzelnen Gemeinden, nicht die Bürgermeistereien zu Wahlbezirken gemacht werden möchten, und dieser Antrag einstimmig angenommen; ebenso, daß nunmehr die Verhandlungen über die Provinzialangelegenheiten der beiden Fürstenthümer ihren Fortgang nehmen müßten.

Die Tagesordnung führte zur zweiten Verathung des Entwurfs. Es wurden zunächst im Abschn. 1. 2. 8. des Entwurfs nur diejenigen Artikel, welche von der Staatsregierung noch beanstandet waren, wieder durchgenommen (Ministerialschreiben vom 18., 22., 29. Sept. Landtags Prot. Nr. 15., 19., 24.)

Zu Art. 1. 9. 10. wurden die früheren Beschlüsse einstimmig angenommen. Zu 3. der Vorschlag der St. Reg. angenommen. Zu 7. die von der St. Reg. angenommene Voraussetzung als richtig anerkannt. Zu 12. der Vorschlag der St. Reg. angen. Art. 17. dagegen einstimmig abgelehnt, die Veränderung der Schlußworte des Zusatzes jedoch angen. Zu 18. der Vorschlag der St. Reg. angen. Art. 19. dagegen wieder einstimmig abgel. Art. 21. (Minist. Schreib. vom 18. October. Landtagsprot. Nr. 37.) wurde der Vorschlag der St. Reg. angen. Art. 23. 25. desgl. Zu 28. wurde jetzt beschlossen, daß der ganze Art. zu streichen sei. Zu 89. 90. 94. wurde jetzt ein Zusatz beschlossen: vorbehaltlich gesetlicher Modificationen für den Fall der Einsetzung eines mit einem anderen Staate gemeinsamen höchsten Landesgerichts.

Der von der St. Reg. zu Art. 98. beantragte Zusatz wurde dahin modificirt angenommen:

Die Ernennung des Präsidenten aus drei vom H. Landesgerichte selbst vorgeschlagenen Personen bleibt dem Großherzoge vorbehalten.

Zu Art. 93. wurde beschlossen den Zusatz als einen ganz besondern Art. hinzustellen. Zu 97. der Vorschlag der St. Reg. angen. Zu 98. 2. wurden die Worte „ohne geheime Conduitenlisten“ in dem früheren Beschlusse gestrichen, und bei den Worten: jeder Bericht über u. den Betheiligten eingeschaltet; so weit er sie betrifft.

Im Uebrigen wurden die Vorschläge der St. Reg. abgel.

Den 25. November.

Verschiedene Adressen und Petitionen, theils für theils ge-

gen das absolute Veto, über Civilliste, Aufhebung der Steuerfreiheiten werden vorgelegt.

Abg. Bibel I. erstattete Bericht über die beabsichtigte Trennung der Hypotheken-Verwaltung, so weit sie noch vereinigt ist, nach Kreisen, in welcher Beziehung die St. Reg. die Meinungsäußerung der Ständeversammlung gewünscht hatte. Der Antrag des Ausschusses: „die St. Reg. wolle die Verlegung der Hypothekenbücher in die einzelnen Kreise des Landes anordnen“ wurde angenommen.

Die zweite Verathung der von der St. Reg. noch beanstandeten Beschlüsse ging über zu den in dem Schreiben des Ministeriums vom 4., 11., 18. October und 18. Nov. berührten Gegenständen (Landtagsprot. Nr. 27. 32. 37. 36.)

Zu Art. 103. der beanstandete Beschluß ist später bei §. 3. des Wahlgesetzes wieder aufgehoben, mithin wurde dieser Punkt für erledigt betrachtet. Zu 121. wurde der Vorschlag der St. Reg. angen. Zu 131. wurde gegen die von der St. Reg. geäußerte Meinung kein Widerspruch erhoben. Zu 136. fand man keine Veranlassung von dem früheren Beschlusse, welchem die St. Reg. ihre Zustimmung nicht verweigern wollte, abzugehen. Zu 139. sollte die Bemerkung des Ministeriums von der Redactionscommission berücksichtigt werden. Zu 150. wurde der Vorschlag der St. Reg. abgelehnt. Zu 164. der Vorschlag unter a. angenommen, zu b. Einverständnis erklärt, wenn nicht etwa die Annahme des suspensiven Veto eine Aenderung hervorbringe; zu c. wurde lange discutirt, endlich die Beibehaltung des früheren Beschlusses einstimmig beliebt, jedoch mit dem Zusätze: „ausgenommen im Fall einer Vertagung“. Zu 165. wurde der Vorschlag der St. Reg. angenommen. Desgl. zu §. 11. des Wahlgesetzes.

Den 28. November.

Es wurden eine Menge Adressen, aus Oldenburg, Osternburg, Rastede, Schwei, Brake u. a. D., welche Billigung der Beschlüsse über absolutes Veto und indirecte Wahlen aussprechen, zum Theil mit einer großen Anzahl von Unterschriften, einige Adressen aus Westerstede, Wardenburg, gegen obige Beschlüsse vorgelegt, ferner Protokolle über Volks- und Wahlmännerversammlungen zu Oldenburg, Dovelgönne, Fürstenthum Lübeck u. s. w., die sich auch in der Mehrzahl gegen jene Beschlüsse, gegen die Beibehaltung des Adels, Bewilligung der geforderten Civilliste, ausgesprochen hatten.

Auf der Tagesordnung stand die Verathung über den Entwurf des Gesetzes zur Zusammenberufung einer constituirenden Synode der evang. Kirche des Herzogthums. Der Antrag, diesen Entwurf zunächst an einen Ausschuss zu verweisen, wurde abgelehnt und der Antrag, ohne Discussion den Entwurf nur zur angemessenen Berücksichtigung der St. Reg. zu übergeben, angenommen.

Man ging in der zweiten Verathung des St. G. Gesetzes weiter. Zu Art. 39. wurde ohne Discussion die Streichung der Worte „und standrechtlich“ beschlossen. Zu 43. wurde bei namentlicher Abstimmung der Antrag: Alle Adelstitel sind abgeschafft, mit 16 St. gegen 11 abgelehnt; ferner wurde

114/115 als 114/115

ohne Discussion angenommen: So lange nicht eine Reorganisation des Militärwesens Statt hat, oder so lange die Aushebung für den activen Dienst durch das Loos ermittelt wird, ist Stellvertretung oder Tausch der Losungsnummer gestattet. Zu 88. wurde der Antrag am Schlusse statt: überlassen ist, zu setzen: gesetzlich überlassen bleibt, und im Art. 224. auf Art. 88. Bezug zu nehmen, einstimmig angen. Zu 101. wurde beschloffen, ohne Discussion über die Frage, ob directe oder indirecte Wahlen? abzustimmen, bei namentlicher Abstimmung dann mit 19 St. gegen 8 der frühere Beschluß, wonach indirecte Wahlen Statt haben sollen, beibehalten: Angenommen wurde dagegen mit 13 St. gegen 13 der Zusatz: „Jedoch bleibt es dem nächsten ordentlichen und fernern in jedem nachfolgenden ordentlichen Landtage vorbehalten, nach weiterer Erwägung an dessen Statt eine directe Wahl grundgesetzlich anzuordnen, ohne an diejenigen Vorschriften gebunden zu sein, welche durch Art. 216. für etwaige Abänderungen des St. G. Gesetzes vorgeschrieben sind.“ Zu 108. wurde nach stattgehabter Discussion folgende veränderte Fassung angenommen: „Wird ein Abgeordneter zu einem besoldeten Amte ernannt und nimmt er dasselbe an, so verliert er seine Eigenschaft als Abgeordneter und muß sofort eine andere Wahl angeordnet werden, durch welche er jedoch wieder erwählt werden kann.“ Zu 109. wurde der Antrag, die Worte: „ein Geistlicher“ zu streichen, discutirt und angenommen. Zu 121 und 199. der Antrag, statt des Eides zu setzen: Gelöbniß auf Ehre und Gewissen, ohne Discussion abgelehnt durch Entscheidung der Stimme des Präsidenten bei Stimmengleichheit. Zu 122. wurde ohne Discussion der Antrag, die Worte: „Auch den Fall zur strafrechtlichen Erledigung an die ordentlichen Gerichte zu verweisen“ zu streichen, abgelehnt. Zu 130. wurde ganz kurz discutirt, einige Abgeordnete rechefertigten die Aenderung ihrer Ansicht, sodann wurde bei namentlicher Abstimmung folgender Antrag angenommen:

„Ein Gesetz kann vom Großherzoge nur in Uebereinstimmung mit den Ständen erlassen, aufgehoben, geändert oder authentisch ausgelegt werden.“

Ein Gesetzentwurf, der das Staatsgrundgesetz nicht abändert, wird auch ohne landesherrliche Zustimmung Gesetz und ist als solches zu publiciren, wenn er auf drei nach einander folgenden Landtagen, zwischen denen jedesmal eine Wahl liegt, gleichlautend beschloffen worden.

Für die Annahme-Beschlüsse des zweiten und dritten Landtags müssen drei Viertel der anwesenden Abgeordneten gestimmt haben.

Bei ihrer früheren Abstimmung sind geblieben, für das absolute Veto: die Abg. Greverus, Hoyer, Gilers, Bargmann, Suhren, Lübber, Merell, Panerag; für das suspensive Veto: die Abg. Ellerhorst, v. Lindern, Eversen, v. Thünen, Völkers, Wibel J., Böckel, Gloßer, Erone, Dannenberg.

Von denen, die früher für das absolute Veto stimmten,

sprachen sich jetzt für das suspensive aus: die Abg. Ferneding, Konevding, Selbmann, Wibel II., Bredemeier.

Von denen, die früher für das absolute Veto stimmten, waren mittlerweile ausgetreten, resp. fehlten jetzt: die Abg. Schreutrat, Heye, Reinerding, Büschelmann. Neu hinzugekommen waren dagegen: die Abg. Strackerjan und v. Büttel.

Von denen, die früher für das suspensive Veto stimmten, waren mittlerweile ausgetreten, resp. fehlten jetzt: die Abg. Schulze, Lindemann, Brader. Neu hinzugekommen waren dagegen die Abg. Deeken, Plate, Müller.

Den 29. November.

Nach Vorlegung verschiedener Petitionen und Adressen, wobei namentlich eine aus Gutin, welche gegen die gänzliche Verschmelzung mit dem Herzogthum protestirt, wurde über den Sinn des gestern gefassten Beschlusses hinsichtlich der künftigen Anordnung direkter Wahlen Zweifel erhoben, darüber discutirt und endlich der Antrag: die Ansicht auszusprechen, „daß der vorgesehene Beschluß des nächsten oder eines der folgenden Landtage eine Zustimmung der Staatsregierung nicht mehr erfordert, sondern sofort als grundgesetzlich angeordnet anzusehen ist“, gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Die Tagesordnung führte zu Art. 144. und wurde der Antrag, den Artikel mit den Worten zu beginnen: Zugleich mit der Auflösung der Ständeversammlung müssen die neuen Wahlen ausgeschrieben werden. Innerhalb 1c. angenommen. Zu 133. wurde statt der Worte: „so entscheidet die Stimme des Präsidenten“ gesetzt: so ist der in Berathung gezogene Gegenstand verworfen. Zu 138. wurde der Antrag: mit Ausnahme der Abgeordneten, welche am Versammlungsorte wohnen, discutirt und dann abgelehnt, dagegen ein Zusatz beschloffen dahin: die Abgeordneten, welche am Versammlungsorte wohnen, erhalten die Hälfte jener Abgeordneten. Zu 202. wurde der Antrag auf Streichung der Worte: „und der Geistlichen“ discutirt und dann angenommen. Zu 216. wurde der beantragte Zusatz: Wird auch auf dem dann folgenden dritten Landtage derselbe Beschluß in der Weise wie Art. 2. und 3. gefaßt, so erhält er sofort Gesetzeskraft, discutirt und dann bei namentlicher Abstimmung mit 20 St. gegen 8 verworfen.

Auf der Tagesordnung stand auch der Bericht des Ausschusses über den Art. 223. und den dazu früher gemachten Antrag. Nachdem der Bericht erstattet und darüber discutirt war, wurde der Antrag „das Staatsgrundgesetz demnächst zur Anerkennung und Garantie der Nationalversammlung vorzulegen“ verworfen, und die gänzliche Streichung des Art. 223. beschloffen.

Kirchennachricht.

Sonntag, den 3. December predigen in der Lamberti-Kirche:

Frühpredigt: Herr Hofprediger Wallroth.	Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Hauptpredigt: „Geh. Kirchenrath Böckel.“	„ 10 „
Nachm.-Pred.: „Kirchenrath Glausen.“	„ 2 „

Redacteur: J. Bartelmann. — Verlag und Schnellpressendruck von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Hierbei ein Beiblatt.

Beiblatt zu Nr. 97. der Neuen Blätter

vom 2. December 1848.

Brief des Abg. von Buttet aus Frankfurt

an den zeitigen Vorstand des Deutschen Volksvereins zu Oldenburg.

Frankfurt 17. Novbr. 1848.

Geehrte Herren!

Bei meiner neulichen Anwesenheit in Oldenburg übergaben Sie mir, im Namen des dortigen Deutschen Volksvereins, eine Adresse an die hiesige Nationalversammlung mit dem Wunsche, daß wir sämtliche Oldenburgischen Abgeordnete, ingleichen auch der Abgeordnete für Kniphausen solche gemeinsam einreichen, und mit Ihnen in gelegentliche schriftliche Verbindung treten möchten. Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen bisher noch keinen Bericht erstattet habe, es fehlte mir aber an Muße dazu. Jetzt aber erwiedere ich, daß wir, Herr Küder, Herr Tappehorn und ich, sowie auch Herr Leverkus, der sich anzuschließen wünschte, die Adresse am 31. Oktbr. an den Ort ihrer Bestimmung haben gelangen lassen, wogegen die Herren Mölling und Cropp eine Mitbetheiligung abgelehnt haben. Ich für meinen Theil erkläre gerne, daß ich der Adresse im Wesentlichen zustimme, und ergreife ebenso gerne die Gelegenheit, die Sie geboten haben, um mich darüber, sowie noch sonst über Dies und Jenes in diesem Schreiben auszusprechen.

Die wenigen Tage, die ich neulich in Oldenburg, im Schooße meiner Familie und in weiteren lang gewohnten lieben Umgebungen zugebracht habe, haben mir einen eigenthümlichen Eindruck hinterlassen. Die wunderbare Bewegung der Zeit, so lange vorgeahnt und nun endlich, aber doch auch wieder in Richtungen eingetreten, die die Ueberraschung des Blickes an sich tragen, hat auch mich durch das tief von mir im Herzen verehrte Vertrauen meiner Mitbürger aus meinem nächsten wahrlich schmerzlich entbehrten Wirken fortgewiesen an den fernen Ort und in die Mitte derjenigen Versammlung, wo sich Deutschlands künftiges Geschick, dessen Einheit, Ehre und

Größe begründen soll. Welch' ein mächtiger poetisch schöner Jubel begleitete zunächst die ganze Erhebung unseres Vaterlandes, das erwärmende Gefühl der Einheit, nein, es sollte, es durfte nicht mehr bei einem bloßen Traume bleiben. Aber so leicht und so schnell, wie Viele es sich gedacht, sollte das Werk nicht zu Stande kommen, nicht so wohlfeilen Kaufs sollte Deutschland sein höchstes Gut erlangen.

Kaum daß die Nationalversammlung zusammengetreten, und die ersten Schwierigkeiten nur des Anfangens (sie war so zu sagen auf das Chaos hingewiesen), sowie die gegenseitige Fremdheit ihrer Mitglieder, vom Adriatischen Meere bis zur Nord- und Ostsee u. s. w., überwunden hatte, so offenbarte sich sofort oder entwickelte sich allmählig eine Verschiedenheit der Ansichten über die gestellte Aufgabe und das zu erreichende Ziel, eine Verschiedenheit des Denkens und Empfindens, je nach der Volksabstammung, den gewohnten Lebensverhältnissen, den größeren oder geringeren Erfahrungen u. s. w., und dies Alles unter der Begünstigung oder dem Drucke aufgelöster Zustände, in einer Weise, wie vielleicht keiner von allen schon einmal im Ernste erlebt hatte. Es waren aber lebendige Menschen, mit Nerven und Blut, die hart in der Wirklichkeit aneinander stießen, dennoch mit der Aufgabe, ihre Meinungen und ihren Willen zu einigen. Die unausbleibliche Folge war ein sich entspinnder Kampf der Leidenschaften und das Zusammentreten in Parteien, um in einzelnen Hauptgruppen die vorhandenen Richtungen zu übersehen, deren gegenseitige Kräfte zu messen und so oder so, durch Sieg und Niederlage, zu Ergebnissen zu gelangen. Ich selbst gehörte anfänglich dem s. g. rechten Centrum (Kasino) an, bin aber bereits seit Monaten, zunächst mit 20 andern zu einer besondern Fraktion (Mainlust-Landsberg) zusammengetreten, unter Zugrundlegung eines Programms, das dort, weil zu viele Elemente der rechten Seite beigemischt waren (z. B. Fürst Lichnowsky, Graf Schwerin u. a.) keine Ausnahme finden konnte. Die Hauptpunkte des Programms bestehen darin, daß der Verein für die



Nationalversammlung das Recht in Anspruch nimmt, „die Verfassung des Deutschen Bundesstaates selbständig herzustellen und über alle in dieser Beziehung gemachten Vorschläge endgiltig zu beschließen“, daß „alle mit dem Verfassungswerke nicht in Verbindung stehenden Angelegenheiten in der Regel an die Reichsgewalt zu verweisen seien“, daß „von den einzelnen Deutschen Staaten die Aufopferung ihrer Selbständigkeit nicht verlangt werde, wohl aber, daß sie sich eine Beschränkung derselben in so weit gefallen lassen, als solches zur Begründung eines einzigen, festen und kräftigen Bundesstaates erforderlich ist“, daß „namentlich die obere Leitung des Heerwesens, sowie die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands in die Hände der Reichsgewalt zu legen seien“, daß „in der auf demokratischen Grundlagen ruhenden constitutionellen Regierungsform diejenige erkannt werde, welche die Erreichung jener Zwecke am zuverlässigsten verbürge“ u. s. w. Seitdem hat sich diese Frazion bereits über 40 Mitglieder verstärkt. Die bekanntesten Namen darunter sind: Jordan aus Marburg, Jordan aus Berlin, Löw aus Magdeburg, Löw aus Posen, Maltzahn, Lange, Fuchs, Wichmann, Hollandt, Schneer u. s. w.

Nichtsdestoweniger hielt die Versammlung bei allen hervorragenden Fragen in genügender Mehrheit zusammen, auch wurde, wenn man jetzt den Gang rückwärts überschaut und billig sein will, in nicht zu langer Zeit Großes erreicht, nämlich die provisorische Zentralgewalt geschaffen und damit der Grundstein zum Bundesstaate gelegt. Zugleich war damit die Entscheidung gegen die Republik und im Geiste einer constitutionellmonarchischen Regierungsform erfolgt. Es war dies nur im Sinne der Mission, die die Mehrheit der Abgeordneten von ihren Wählern empfangen hatte, denn wohl wird man sich noch erinnern, welchen republikanischen Bestrebungen gegenüber die Abordnung geschah. Gleichwohl erachte ich darum keinen Abgeordneten so sehr an diesen oder jenen beschränkten Sinn seiner Sendung gebunden, daß er nicht, wenn etwa die Zeit mittlerweile ihr Bedürfnis ändern sollte, frei und offen einer etwa gewonnenen besseren Ueberzeugung folgen dürfte — es ist der redliche Charakter, dem man vertraut hat, und so hat Jeder von da an allein sich selbst zu prüfen, wie und wohin er sich zum Besten seines

Volkes zu entscheiden gedenkt. Nur über seine innere Wahrhaftigkeit soll kein Schleier sich legen, jede andere Zumuthung hieße Unwahrheit verlangen. Ich table daher auch nicht, wenn die republikanisch gesinnte Partei innerhalb der Nationalversammlung in ihrem Sinne zu wirken und sich zu verstärken sucht, und wenn der eine oder andere, so oder so, seine Parteistellung ändert. Aber für verdammt halte ich es, wenn Einzelne ihren Sitz verlassen, um draußen auf die Massen zu wirken, und durch diese ihren Argumenten den gehörigen Nachdruck zu verleihen, sei es in der Weise, wie solches auf der Pfingstweide bei Frankfurt oder bei dem Demokratenkongresse zu Berlin geschehen ist, oder sei es, daß man sich geradezu mit dem Kalabreserhute und der rothen Fahne auf die Barrikaden stellt*). Denn nicht dazu hat das Deutsche Volk seine Vertreter hieher berufen, vielmehr dazu, um im ehrlich offenen parlamentarischen Kampfe jedweder Richtung ihr Recht zu gewäh-

*) Erst nachdem ich dies geschrieben, traf die Nachricht der standesrechtlichen Erziehung Blums in Wien ein. Das fürchterliche Loos hätte ich ihm nicht gewünscht. Dazu ist das Urtheil eine Verhöhnung der Deutschen Reichsgesetzgebung und ein schlimmer Fingerzeig für die Stellung Oesterreichs. Es werden sich daran ernste wichtige Folgen knüpfen. Soll ich übrigens zur Charakteristik M. Blums etwas sagen, so ist es dies, daß er wie dazu gemacht war, bei großen ungeformten Massen oder im Chaos dunkler Zustände den zündenden Blitz einer freirechtlichen Gährung in die Gemüther zu werfen. Die Kraft seiner Stimme, die Ruhe seiner Sprache, die Klarheit seiner Rede, bei rhetorischem, bilderreichen Schwünge — alles trug dazu bei, sowohl um erschütternde Gefühlsregungen zu bewirken, als aber auch die eigentliche Armut an Gedanken, welche geeignet sind für die Dauer zu bilden und zu formen, oder deren Unbestimmtheit zu verbergen. Er hatte das Ansehen eines Charakters, der seine letzten politischen Gedanken nicht herauskehrte, und man traute ihm mehr zu, als er zu erfüllen vermochte. In der Nationalversammlung hatte daher sein Auftreten bald alle Wirkung verloren, um so mehr fühlte er sich aber selbst wieder zu unbestimmten Volksmengen hingetrieben, es war etwas Dämonisches, das ihn bewegte. Er hat, selbst auf diese Weise sein trauriges Geschick herausgefordert, das ihm aber gleichwohl einen Heiligenschein ums Haupt weben und seiner Partei neue Waffen in die Hände geben wird. Für meine persönliche Empfindung hatte sein Auftreten etwas Verlegendes, ebenso, nur in verschiedener Art, wie das Auftreten Lichnowsky's, der von einer anderen Seite als Opfer gefallen ist.

ren. Ich für mich bin nun noch fortwährend der Meinung, daß es mit einer durchgängigen Republikanisirung Deutschlands nichts sei. Was auch seit längeren Dezennien im Geiste vorweg gedacht und für die endliche Verwirklichung reif geworden ist, von einer s. g. demokratischen oder gar rothen Republik ist nie die Rede gewesen, es ist dies vielmehr eine über alle noch viel zu fest wurzelnden Verhältnisse hinwegspringende, über Nacht plötzlich aufgetauchte verworrene Vorstellung, deren praktische Ausführung zunächst unfehlbar in eine völlige Anarchie ausarten würde. Bei Bingen am Rhein waren, wie ich auf näheres Befragen erfuhr, die Schiffer darum „Heckerisch gesinnt“, weil der Hecker ihnen die Schleppe-Dampfschiffe wegschaffen werde, die Geltreiber dort aber gegen Hecker aufgebracht, weil, seitdem dieser den Lärm gemacht, aller Fremdenverkehr stocke. Uebrigens glaube ich, um dies hier beiläufig zu erwähnen, gefunden zu haben, daß selbst bei den verschiedenartigsten politischen Strömungen dennoch das eigentlich Monarchische im Deutschen Wesen tiefen Anklang finde. Mit welcher Liebe und Verehrung ist nicht anfänglich Heinrich von Gagern, wenn auch wenig gekannt, überall im Deutschen Vaterlande genannt worden, und ebenso wurde da, wo der Name Hecker zog, hauptsächlich im Baden'schen, dessen stets mit einer Begeisterung gedacht, bei der sich das Gemüth betheiligte, man konnte die Frau Hecker sich schon als „Landesmutter“ vorstellen. Der Amerikaner achtet zwar auch seinen Präsidenten und gehorsamt ihm, aber es sind kühlere Berechnungen des Vortheils und der Politik, die die Wahl bestimmen; der Deutsche dagegen wird ungern darauf verzichten, demjenigen, den er an der Spitze sieht, auch einen Platz in seinem Herzen anzuweisen. Doch wie gesagt, es soll dies nur so eine beiläufige Andeutung sein.

Als möglich gebe ich übrigens zu, daß auch für Deutschland in den Bestrebungen für die Republik ein noch verhüllter Kern liegt, der einst nach Jahre langer Zeitigung bestimmt ist ins Leben einzutreten, so daß die Vorkämpfer für diese Idee später einmal als eine Art von Märtyrer erkannt werden; möglich ist es aber auch, daß das Ganze sich sehr bald als Thorheit und Verblendung ausweist, jedenfalls hat aber die Gegenwart das Recht, nur diejenigen Früchte pflücken zu wollen, welche reif am Baume hangen

und sich deren Genuß nicht durch Verweisung auf eine noch unreife Frucht entziehen zu lassen. Das Gute haben aber, nach dem Spruche im Faust: „ich bin die Kraft, die stets verneint, die stets das Böse will, doch stets das Gute schafft“, die republikanischen Bestrebungen allerdings, daß sie die einer gesunden ferneren Entwicklung entgegenstrebenden absolutistischen, aristokratischen und sonstige ähnliche Ueberlieferungen vernichten helfen, ohne aber freilich die Befähigung zu besitzen, aus den Trümmern sogleich wieder einen haltbaren organischen Bau hervorgehen zu lassen. Käme die Republik aber dennoch bei uns durch fortgesetztes Revolutioniren, etwa unter Beihilfe partikularistischer Regungen, zur Geltung, so würde dies doch schwerlich anders als mit der Bedeutung einer bloßen Uebergangsentwicklung geschehen, oder aber auch es könnte der Fall sein, daß Deutschland sich alsbald, ähnlich wie die Schweiz, in Tausende kleiner Republiken zersplitterte, und dann wäre es mit der Einheit und Größe vollends aus.

Die Nationalversammlung hat daher auch mit Recht schon das einsivellige Reichsverweseramts als ein unverantwortliches hingestellt, und jetzt, nachdem schon Erfahrungen sprechen, darf man mit Recht diese bereits als Bestätigung für die Nichtigkeit des Beschlusses anführen. Denn welchen Gefahren und Stürmen sind wir nicht eben darum entgangen, daß bei der Entscheidung über die Sistirung des Waffenstillstandes mit Dänemark der Reichsverweser selbst über den Partekampf hinausgerückt war; eine auch nur entfernte persönliche Verwicklung desselben in die Bürde der Verantwortlichkeit hätte die ganze Existenz der Zentralgewalt wieder in Rede gestellt. Ebenso war es auch für die späteren Vorgänge und alle Beschlüsse der Reichsregierung von großer Bedeutung, daß der Mittelpunkt der Reichsgewalt, die Person des Reichsverwesers, als ein heiliges Palladium der Nation, bisher stets unangefochten geehrt geblieben ist.

Ebenso hat sich meines Erachtens der Endbeschluss in der Dänischen Angelegenheit als der einzig sachgemäße bestätigt. Nur eine kurzfristige Politik oder Verblendung konnte zu einer Verwerfung des Waffenstillstandes rathen, die zugleich einen Treubruch gegen das Ausland in sich geschlossen hätte. Das Geschrei über die angebliche Verletzung der Ehre Deutschlands ist nach gerade verstummt, theils waren

es Ausbrüche eines überreichen patriotischen Gefühls, oder einer mit den Verhältnissen nicht genau bekannten übertriebenen Eifersucht auf das Ansehen der Zentralgewalt, welches beides ich ehre, theils aber war es, und hauptsächlich hier im Süden, nur der Deckmantel für republikanisch anarchische Gelüste. Manche andere Fragen haben mich bis ins Innerste beunruhigt, und mir im Zweifel über den zu fassenden Entschluß den Schlaf geraubt, bei dieser Frage dagegen war ich, nachdem ich sorgfältig sämtliche Aktenstücke und die Lage der Dinge geprüft, so sicher und gewiß, daß mir kein Zweifel übrig blieb, und auch später kein solcher mich angewandelt hat. Es waren besonders zwei Gesichtspunkte, der nationale und der vertragmäßige, die man mit einander vermengte. Nach dem ersteren sollte ganz Schleswig zu Deutschland gehören; wenn aber entgegnet wurde, daß die Poetenpolitik in dem Liede: „Schleswig Holstein stammverwandt,“ der Wahrheit entbehre, und unsere eigenen Truppen wissen über die ihnen gewordene Enttäuschung ein ganz anderes Lied zu singen, so hieß es, Schleswig dürfe vertragmäßig nicht von Holstein getrennt werden; aber wenn nach dem ersteren Gesichtspunkte vielleicht etwa nur zwei Dritttheile von Schleswig begehrt werden könnten, so konnte nach dem letzteren überall gar keine Einverleibung in das Deutsche Reich verlangt werden — der Krieg selbst war aber nur darum angefangen worden, um die Integrität des staatsrechtlichen Verbandes beider Herzogthümer aufrecht zu erhalten und das daran geknüpfte mittelbare Reichsinteresse zu schützen. In beiden obigen Beziehungen ist aber, wie uns wohl klar genug vorliegt, das Recht und die Ehre Deutschlands vollkommen gewahrt, ja in einem wesentlichen Punkte, nämlich in Bezug auf die Zurücknahme des famösen Dänischen Inkorporationsedikts ist bereits für den definitiven Frieden ein Hauptzugeständniß gewonnen. Aber auch in Bezug auf die Art und Weise, wie die Verhandlungen von Seiten Preußens gegenüber dem Reichsministerium geführt worden sind, was dann aber nur eine innere häusliche Angelegenheit betraf, habe ich keine eigentliche Ungebühr oder eine nicht zu rechtfertigende oder gutzuheißende Vollmachtüberschreibung entdecken können; doch würde es zu weit führen, hier Punkt für Punkt das Ganze durchzugehen. Nur das füge ich

hinzu, daß der allerdings unbezweifelte Mißgriff in der Wahl des Grafen K. Moltke auf einer gegenseitigen Selbsttäuschung beruht hat, worin auch der Graf Moltke, an und für sich ein Ehrenmann, selbst mit befangen war; erst die späteren handgreiflichen Beweise haben den Betheiligten darüber die Augen geöffnet, wie weit die vorgeschrittene Volksbewegung solche Grundsätze und Ansichten von sich weist, mit denen der Graf Moltke noch eine vermittelnde Stellung glaubte einnehmen zu können. Im Obigen habe ich übrigens nicht das frühere Zurückweichen Wrangels aus Sütlund mit besprechen wollen, denn, wenn darüber auch noch eine Art von Dunkel liegt, so ist es doch nur zu gewiß, daß hier eine Russische Note miteingewirkt hat. Dagegen ist aber freilich wieder zu sagen, daß der jugendliche Enthusiasmus des Vorparlaments hier kopsüber eine Verwicklung, insbesondere für Preußen, das willig darauf einging, herbeigeführt hatte, deren Lösung, bei genauerer Würdigung der Verhältnisse, nicht ebenso kopsüber gelingen konnte. Dann endlich noch die Bemerkung, daß ein offener Bruch mit Preußen zugleich das Grab der Einheit Deutschlands gewesen wäre, zumal uns ohnehin eine Entfremdung Oesterreichs droht, dessen Abgeordnete aber nichts desto weniger in der Mehrzahl grade in der Dänischen Frage für die Sistirung des Waffenstillstandes den Ausschlag hatten geben helfen.

Unmittelbar an die Lösung dieser der Nationalversammlung nun einmal überkommenen Aufgabe knüpfte sich eine traurige Katastrophe. Wollte Gott, es wäre möglich, das Gedächtniß daran aus den Blättern der Geschichte des ersten Deutschen Parlaments hinweg zu löschen! Es waren die Gräuel eines vollendeten Ungehorsams gegen das, was die Mehrheit des Volkes will und anstrebt, welcher hier die Blutfahne aufsteckte und wovon die Fäden mittel- oder unmittelbar sich selbst bis in die Paulskirche verliefen. Ein energisches Handeln von Seiten der Zentralgewalt gewährte dem Deutschen Volke Bürgerschaft für die fernere friedliche und gesegnete Entwicklung seiner angestrebten Zukunft, und es erfolgte somit das grade Gegentheil dessen, was die Partei der Unordnung bezweckte. Denn nicht nur, daß seitdem die Zentralgewalt immer mehr zu einer wirklichen Macht erstarkt ist, auch die Mehrheit der Na-

zionalversammlung begriff, daß ihrer Zersplitterung in verschiedene Parteien, einer geschlossenen Linken gegenüber, nothwendig wieder ein Vereinigungspunkt gegeben werden müsse, es bildete sich daher eine wechselnde Kommission aus den verschiedenen Zentren, die noch fortbesteht, um dieser Aufgabe zu genügen. Der sonstige Zusammenhang der vielen Fraktionen oder Klubs, welche allabendlich oder doch an den Abenden vor den Sitzungstagen zusammen kommen, um parlamentarisch geordnete Vorberatungen zu halten, macht sich übrigens in der Weise, daß diejenigen Klubs, welche sich zunächst begränzen, durch förmliche Deputazionen sich untereinander ihre Beschlüsse mittheilen und darüber möglichst in Uebereinstimmung zu kommen suchen. Je mehr die Fraktionen nach links gehen, um so mehr tritt dabei das Bestreben hervor, alle Fragen zu Parteifragen zu machen, sonst geschieht es regelmäßig nur bei Fragen, die schon aus dem angenommenen Programm sich beantworten lassen, oder wo es sich um die parlamentarische Taktik handelt.

Eine andere Folge war die, daß die Nationalversammlung auf Vorlage des Reichsministeriums, zu ihrem rechtlichen Schutze, wie sie es der Nation schuldig war, ein Gesetz votirte (leider hat der Landtag zu Berlin es daran fehlen lassen), und ferner auch zur besseren Aufrechthaltung der Ordnung im Innern des Hauses auf den Antrag eines besonderen Disziplinargesetzes einging, das aber noch nicht zur Verathung gekommen ist.

Innerlich erfüllt von allen diesen steten Kämpfen und Gegenkämpfen, ja noch im frischen Gedanken der erlebten blutigen Ereignisse vom 18. Sept. und der Szenen eines Belagerungsstandes, sah ich nun, nach fünfmonatlicher Abwesenheit, auf kurze Tage die engere Heimath wieder. Obgleich unter den Meinigen und begrüßt von Freunden und Bekannten kam ich mir, weil einstweilen abgelöst von meinem eigentlichen Berufe, in dem altgewohnten Gleise der Dinge fast wie ein Fremdling vor — im Geiste saß ich auf meinem Platze in der Paulskirche. Dazu rings umher diese Stille, diese Ruhe, diese ungestörte friedliche Geselligkeit, mir kam es manchmal vor, als wenn das Alles nicht natürlich sei, als wenn das Gebrause kämpfender Leidenschaften doch irgendwo hervorbrechen müsse. Ich besuchte die Sitzungen des

Landtages, die Verhandlungen waren ernst, ruhig und gründlich, ohne daß bei tüchtiger praktischer Grundlage der Muth fehlte, an dieses oder jenes verjährte Unrecht den scharf einrichtenden Maßstab einer neuen Zeit anzulegen.

Ob sich dort Alles so friedlich zum guten Ende fortspinnen und ob nicht auch dort der Boden durch eine dahin geleitete Propaganda sich tiefer aufwühlen wird? ich hoffe es nicht, denn im Ganzen ist die Gemüthsart des Nordens wählerischen Uebertreibungen entgegen; ob aber grade der Sinn des Gehorsams gegen Gesetz und Ordnung im Süden mehr untergraben sei, kann zweifelhaft sein, wenigstens haben im Norden die Bedingungen dazu, die selbsteigne Theilnahme der Staatsbürger an Gesetzgebung und Verwaltung, wohl noch im höheren Maße gefehlt. Ueberhaupt wird noch eine geraume Zeit hingehen, ehe ganz Deutschland sich in diesem Sinne beruhigt, denn allzulange haben die Staatsbürger lediglich als Unterthanen sich betrachten und die Gesetze nur als Zwangsmaßregeln über sich ergehen lassen müssen. Wegen eines Punktes bin ich aber mit Sorgen im Herzen wieder abgereist, es droht ein Zerwürfniß wegen der Zivilliste, deren Höhe und Bedingungen in keiner Weise den gerechten Anforderungen des Landes entsprechen. Es könnte der republikanischen Partei nur frommen, wenn hierbei insbesondere in den kleineren Staaten die erfolgte Umwandlung der staatsrechtlichen Grundsätze nicht willig anerkannt, nicht auch die künftige den Glanz vermindernde Unterordnung unter das Reich berücksichtigt und auf ein zurückschöpfendes Mißverhältniß zwischen Einnahme und Ausgabe beharrt werden sollte. Ich bin kein Prophet, aber man braucht auch kein Prophet zu sein, um bestimmt voraussagen zu können, daß das demokratische Element, daß die letzte Revolution entschieden zur Geltung gebracht hat, und welches auch von der Nationalversammlung (man vergleiche die meist mit großer Mehrheit beschlossenen Grundrechte) vollständig festgehalten wird, auch an dieser Stelle seine entsprechenden Konsequenzen so gewiß erhalten muß, als sonst nur gefahrdrohende Stürme unvermeidlich sind.

Eine Frage, die sich in Oldenburg öfter an mich richtete, war die: „welche Hoffnungen haben Sie in Frankfurt für das Gelingen des Werkes?“ und man

war dann wohl halbweg verwundert, von mir als Antwort zu vernehmen, daß ich grade seit Kurzem mit einem größeren Vertrauen wie früher erfüllt sei. Das hängt so zusammen. Alle die ersten Monate hindurch waren die Gemüther, kann man sagen, wohl poetisch traumhaft von der Aufgabe im Allgemeinen durchdrungen, aber es war ein Chaos unbestimmter Richtungen, das Viele schwer bedrückte und wohl auch Manchen muthlos machte. Die praktische und theilweis gewaltsame Kundlegung dieses Durcheinander im wirklichen Leben war betrübender Art. Eine Last wurde nun durch die hiesigen Septemberereignisse hinweggenommen. Es war der bestimmte Sieg der Ordnung und des Gesetzes, ohne welche weder Freiheit noch Einheit möglich ist. Auch ein solcher Sieg hat zwar seine Gefahren und Klippen, es kann gegenüber dem Fanatismus der Unordnung auch zu einem Fanatismus der Ordnung kommen, und die äußersten Parteien, die des Radikalismus und die der Reaktion, wissen sich dann sehr gut des Uebermaßes zu ihrem Vortheile zu bedienen. Hier hält es denn schwer, für den Einzelnen sichere Mitte zu halten, und es fehlt dabei wahrlich auch nicht an mißliebigen Beurtheilungen und Verdächtigungen, ja Bedrohungen und Verfolgungen, es kommt Keiner ungeschoren davon und, je nachdem die Zeiten kommen, können mehr oder weniger alle demnächst mit Undank abgelohnt oder schlechtweg in die Kumpelkammer der Vergessenheit geworfen werden; das ist einmal nicht anders, aber nichts desto weniger soll sich Keiner darum irre machen lassen und nach redlichen Kräften weiter steuern. Ich theile daher auch Ihre Ansicht, daß das eine Zeitlang von Parteizwecken äußerlich unterhaltene Drängen nach einer Selbstauflösung der Nationalversammlung als ein eben so unreifes als verderbliches Unsinnen erscheint. Die Nationalversammlung würde durch solchen politischen Selbstmord, der sich dann mit gleichem Rechte alle paar Monate von Neuem wiederholen könnte, das Vertrauen der Nation auf das Unerhörteste betrügen und das Vaterland in eine gränzenlose Verwirrung stürzen. Verbannt sei also ein Bestreben, das lediglich innerhalb extremer Parteirichtungen, mögen diese nun nach oben oder unten ziehen, Anklang und Nahrung finden kann.

Außer dieser Entscheidung, die endlich der toll-

köpfigen Hyder der Anarchie, mit der Macht des Gesetzes siegend, entgegen trat, und damit zugleich manche Ueberschwänglichkeiten, die so lange die Gemüther verwirrt hatten, auf ihr nüchternes Maß zurückführte, wird es aber demnächst hauptsächlich die freie gesunde Sitte sein, welche den rechten Gebrauch der Freiheit regelt. Das gilt unter andern auch von unsern permanenten politischen Vereinen, wie sie weder in England noch Amerika vorkommen. Ich mache in dieser Beziehung aufmerksam auf eine dem Franzosen Chevalier entlehnte Abhandlung in der Frankfurter D.-P.-M.-Zeit. Nr. 305 und 306, worin Amerika's Erfahrungen und Washington's goldene Worte, die kanonisch ins Leben eingedrungen, vorgeführt werden. Kaum bestanden auch dort eine Zeitlang permanente politische Klubs, so erschien selbst Washington als ein „Nero und Vaterlandsverräther“! Die innere Wahrheit der dort gegebenen Schilderung wird Keiner verkennen.

Zweitens war es sodann noch besonders die damals nahe bevorstehende Aufklärung des Verhältnisses von Oesterreich, was mich eine vergrößerte Hoffnung schöpfen ließ, indem ich wußte, daß der Verfassungsausschuß sich zu dem Grundsatz der reinen Personalunion bestimmt hatte. Nicht als ob ich glaubte, daß damit, und durch den zu erwartenden zustimmenden Beschluß der Nationalversammlung, die Sache sofort geebnet sei — nein, nur daß endlich der Zeitpunkt gekommen war, um die mystische Stellung Oesterreichs zu Deutschland zu einer Krisis hinzutreiben, schon das war für Gewinn zu achten. Alles hatte bisher auf Preußen losgeschlagen, und zum Theil mit Recht, weil ein mächtiger Bodensatz von Absolutismus und Aristokratismus fortwährend feindselig gegen den Umschwung der Dinge reagirte, theilweis aber auch mit Unrecht, weil doch am Ende Deutschlands Einheit ihre wesentlichste Stütze in Preußen wird finden müssen, wogegen wunderbarer Weise das vollständige Widerstreben Oesterreichs bisher immer mit Stillschweigen oder einer gewissen Scheu umgangen oder geduldet worden war, während doch gleichzeitig die Abgeordneten von daher mit in der Paulskirche tagten und vielleicht unsere Deutschen Angelegenheiten gründlich verwirren halfen. Es war daher Bedürfnis, auch hier endlich aus dem Dämmerlichte herauszutreten, um wenn auch

wehen Herzens die nackte Wahrheit zu ergründen. Uebrigens kann man es sich hiebei klar machen, wie wenig es für die Nationalversammlung im Bereiche der Möglichkeit lag, das Verfassungswerk sofort in wenigen Monaten zu Stande zu bringen, denn dies kann in Wahrheit nur unter Beihülfe der fortlaufenden Geschichte geschehen, wenn nicht Alles bloß auf dem Papiere bleiben soll; und eben deshalb mag es denn auch für die Nationalversammlung zur Entschuldigung gereichen, wenn sie, abgesehen von den heftigen Regierungsgelüsten und den ewigen Interpellationen und dringlichen Anträgen der Linken, sich so oft durch die Ereignisse in ihrer Hauptaufgabe unterbrechen läßt. Insbesondere will ich nicht die vielen wahrhaft maßlosen Anträge vertreten, die von einer gewissen Partei ausgehen, und die dadurch erregten leidenschaftlichen Stürme, durch die man sich nur mit sittlichem Ekel erfüllt findet.

Die Nationalversammlung hat sich nun, seit meiner Rückkehr, mit großer Mehrheit für den Grundsatz der reinen Personalunion entschieden, sie hat ausgesprochen, daß die Deutsch-Oesterreichischen Länder ganz und gar zu Deutschland gehören — und in der That, die Nationalversammlung war es sich und der Deutschen Einheit schuldig, diesen Standpunkt einzunehmen, sie durfte in keiner Weise das Wort der Trennung aussprechen. In der Partei, der ich angehöre, wurde dies so sehr empfunden, daß man diese Frage vorzugsweise als eine Frage der Partei betrachtete. Eine Trennung wäre nach meinem Dafürhalten ein großes Nationalunglück, welches zu verhüten Deutschland seine besten Kräfte einzusetzen hätte, und auch die Deutschen in Oesterreich mögen sich wohl bedenken, welches Schicksal sie über sich heraufbeschwören, wenn sie, nicht mehr getragen von ganz Deutschland, allein und in der Minderheit sich aufs Engste mit dem Slavismus verbinden. Ich will und kann daran nicht glauben. Möglicher Weise wird nun freilich dennoch eine Ablösung erfolgen, denn man muß zugestehen, daß die Oesterreichische Monarchie, welche bereits auseinander zu fallen drohte, grade jetzt eine nicht geahnte einigende Kraft offenbart — aber nun gut, so mag das herbe Scheidewort zuerst von Oesterreich ausgehen. Dann bleiben noch etwa 33 Millionen rein Deutsche übrig mit dem Schwerpunkte nach Norden, und für diese

wird dann nicht mehr so schwer sein, zu bestimmen, was zu thun sei.

So hängt denn allerdings das Verfassungswerk Deutschlands noch immer gar zu sehr mit künftigen Ereignissen zusammen, aber die Punkte, worauf es ankommt, sind doch bereits klarer ins Auge gefaßt, die Entscheidung darüber drängt näher, und so sehe ich auch jetzt noch mit mehr Zuversicht der Zukunft entgegen, als wie früher, wo Alles noch viel mehr von einem gestaltlosen Nebel umflossen war.

Auch selbst die neuesten, das Vaterland bedrohenden und sich noch fortwährend steigenden Berliner Ereignisse machen mich nicht wankend, denn es ist dort nach beiden Extremen hin gesündigt, und das wird und muß der wahren Freiheit und dem großen Einigungswerke zu Gute kommen. Auch hier hat, glaube ich, die hiesige Nationalversammlung mit gerechter und besonnener Würdigung der Verhältnisse das Richtige getroffen. Allerdings sind die Gründe des Ausschussberichts für den gemachten und angenommenen Antrag nicht ganz schlüssig, wie es überhaupt schwer fällt, für werdende und neu sich gestaltende Verhältnisse bestimmte Rechtsgründe nachzuweisen; denn so sehr auch fort und fort die Nothwendigkeit anerkannt werden muß, überall und wesentlich auf das Recht zurückzugehen, so ist doch auch das Recht selbst ein werdendes und daher in diesem Stadium nicht so leicht zu formuliren. v. Winke ist auf seinem bekannten Rechtsboden eigentlich immer unangreiflich, aber man findet von dort aus auch keinen Ausweg in die neue Zeit und keine Anerkennung für die doch unzweifelhaft vorhandenen und klar begründeten neuen Bedürfnisse. Die Saat, die jetzt in Preußen aufgeht, wird das Absolutistische im Königthum vollends vernichten, aber auch der Bewegung von unten zu einem sicheren Maße verhelfen. In der Abstimmung der Nationalversammlung zeigte sich übrigens der reine Ausdruck der Zentren, denen gegenüber die Rechte und die Linke, wie dies jetzt manchmal geschieht, freilich nach ganz verschiedenen Richtungen, zusammen Opposition machten.

Doch ich muß meinen Brief wohl abbrechen, wenn ich nicht noch länger mit einer Antwort zurückbleiben soll. Ohnehin kann man nicht abwarten, daß schon jetzt sobald ein Abschluß in den Be-

gebenheiten eintritt; auch der Winter wird ihrer genug bringen, und nicht bloß bei uns in Deutschland.

Nur Eins noch. Ein wichtiger Gegenstand wird über nicht allzulange das Haus beschäftigen — die s. g. Mediationsfrage. Im Allgemeinen denke ich darüber folgendermaßen. Das Geschick von Deutschland hat es nicht gewollt, daß es sich, wie längst Frankreich, zu einer unmittelbaren Einheit verschmelzen sollte — im Gegentheil, es ist nach und nach zu einer Vielheit von Staaten auseinandergefallen. Man muß in diesem Verlaufe eine gewisse innere Nothwendigkeit finden, die es verbietet, etwa jetzt das Versäumte mit einem Schlage nachzuholen, Deutschland wird kein homogener Kaiserstaat werden, vielmehr bildet die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten der geschichtliche Ausgangspunkt, um zu einer Einheit anderer Art zu gelangen. Es ist die Vorstellung und der Begriff eines Bundesstaates, welcher schon seit Jahrzehnden als Endziel vorgeschwebt hat und nun zur Wahrheit werden soll. Die Reichsgewalt ist dabei also eine abgeleitete. Gleichwohl erscheint die Zersplitterung theilweise so übertrieben, ja bis zur Lächerlichkeit gesteigert, und das nationale Bewußtsein hat sich so entschieden gegen dergleichen Kleinstaaterie ausgesprochen, daß schwerlich diese und jene Länder werden in bisheriger Weise fortbestehen können. Wo dabei, abgesehen von einer Ausgleichung bei unnatürlichen Verbindungen und versprengten Grenzen, anzufangen und aufzuhören? ist freilich eine eben so verwickelte als schwierige Aufgabe; ich glaube aber, daß, wenn anders nur die Reichsgewalt gehörig ausgestattet wird, nicht allzutieft eingegriffen zu werden braucht. Insbesondere halte ich Oldenburgs politische Selbstständigkeit für ungefährdet, wenn auch seine militairische zum Opfer wird fallen müssen; doch mag auch letztere durch die bestehende Verbindung mit den drei Hansestädten sich in gewisser Beziehung faktisch noch aufrecht erhalten lassen.

Nun aber leben Sie wohl und empfehlen Sie mich dem Vereine zum guten und geneigten Andenken.

Verhandelt in der Volksversammlung
im großen Kasinoaal zu Oldenburg am 26. Novbr.
1848. Nachmittags 4 Uhr.

Veranlaßt durch den Umstand, daß unter der Hand Unterschriften für Adressen gesammelt wurden, bezüglich auf die Wirksamkeit unseres Landtags, namentlich in der Veto- und Wahl-Frage, hatten mehrere Einwohner der hiesigen Stadt durch Bekanntmachung in den Oldenburgischen Anzeigen, so wie durch Maueranschläge, die heutige Volksversammlung in Vorschlag gebracht.

In der Versammlung welche sich in Folge dessen eingefunden hatte, eröffnete Klemper Fortmann jun. die Verhandlungen, indem er die Wahl eines Vorstehers in Vorschlag brachte.

Als solcher wurde Auditor Claussen, ferner Klemper Fortmann als Beisitzer gewählt und der Revisor Lipsius zum Schriftführer ernannt.

Auf Grundlage einer vorgelegten Tagesordnung wurde zunächst die Vetofrage debattirt und nachdem eine gleiche Anzahl Reden für das absolute, beziehentlich für das suspensive Veto gehalten worden waren: entschied sich die Versammlung mit einer großen Mehrheit für das Suspensivveto.

Hiernächst wurde die Art der Wahl der Landtagsabgeordneten zur Abstimmung gebracht und

entschied sich eine noch größere Mehrheit für directe Wahlen.

Da eine Zählung bei der gedrängten Stellung der Stimmenden nicht wohl möglich war, so wurde von der Versammlung angenommen, daß die Mehrheit in der Vetofrage aus mindestens Dreiviertel und in der Wahlfrage aus Vierfünftel der Anwesenden bestanden habe, auch ohne Widerspruch anerkannt, daß durch diese Annahme der Minderheit durchaus nicht zu nahe getreten werde.

Schließlich wurden die Unterzeichneten beauftragt, Vorstehendes niederzuschreiben und diese Schrift dem Landtag zu überreichen.

Claussen. Fortmann jun. C. W. Lipsius.

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens 1/2 Bogen.

Neue Blätter

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großb. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

für

Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Mittwoch, 6. December.

1848.

N^o 98.

Frankfurt a. M., den 26. Nov. 1848.

*) Es hat mich wirklich gerührt, alter Freund, daß Du in der Abgeschlossenheit Deines Fleckens außer Stande, Dich richtig zu orientiren, nach 18 Jahren den ersten Brief an mich schreibst, um zu fragen, wie Du meine Stellung zu verschiedenen politischen Ereignissen aufzufassen habest. Ich danke Dir, daß Du mich nicht ungehört verdammt. Wenn ich Dir aber nur in der Kürze antworte, so erkläre Dir das daraus, daß ich zu viel mit mir selbst zu thun habe, um mein Urtheil in all den schwierigen Fragen, in denen es täglich verlangt wird, zu präpariren — ein Nachbeter bin ich nie gewesen. — Selbst meine Wähler, denen zu berichten ich doch geneigt und verpflichtet bin, haben nur selten etwas von mir erfahren.

Von einem „abscheulichen Treiben der Rechten“ habe ich sonst niemals etwas bemerkt. Selbst im rechten Centrum sitzend, und nicht selten in dem Falle, Namens meiner politischen Freunde mit jenen Männern zu verhandeln, habe ich in den Falten ihres Herzens wohl mitunter eine Sehnsucht nach einer frühern relativ-guten Zeit bemerkt, aber niemals den Trieb, unsere Zustände dahin zurückzuführen. Sie anerkennen die Revolution als eine Thatsache, welche nicht rückgängig gemacht werden kann. Sie wollen

*) Wir lassen hier einen Privatbrief des Abg. Müller mit seiner Erlaubniß abdrucken, der sich offen und unumwunden wie über die vorgekommenen Hauptfragen, so über die ganze Richtung von des Verfassers politischer Thätigkeit ausspricht. D. M. v.

sie aufrichtig befestigen und meinen grade darum, daß eine Vereinbarung mit den Einzelregierungen nöthig sei; sie denken sich nämlich Fürst und Volk getrennt und ein Recht, das aus dem einseitigen Volkswillen hervorgegangen, nicht verpflichtend für den andern Theil. Männer, wie Bothmer und Detmold, denen unter dem Scheele'schen Regiment ihre Ueberzeugungstreue Verfolgungen zuzog, sollten bei Euch Hannoveranern die Rechte gegen völlige Mißachtung schützen. Bruck und Czörnig und der talentvolle Mühlfeld sind in Oesterreich Namen von gutem Klang, v. Rothenhan als eifrigem Vertreter des Protestantismus, v. Beisler als freisinnigem Cultusminister, und selbst dem „ultramontanen“ Lassaulz wird in Baiern niemand den Namen eines Ehrenmannes streitig machen; Graf Schwerin, wenn auch überschätzt in intellectueller Hinsicht, genießt gleicher Anerkennung in Preußen und v. Vincke's Talent und Charakterfestigkeit kennt Europa. — Daß zu einzelnen störenden Auftritten auch die Rechte mit Veranlassung gewesen, ist richtig; aber wer will es sterblichen Menschen verargen, wenn sie, unaufhörlich gereizt und abgelenkt von der Hauptaufgabe, der Gründung der deutschen Verfassung, mitunter auch leidenschaftlich sich äußern!

Dem rechten Centrum — von dessen 135 Mitgliedern ich eins bin — wirfst Du Unempfindlichkeit gegen die für das Vaterland wichtigsten Fragen vor, Du kannst diesen Vorwurf zugleich auf die 2 nächstgelegenen Fractionen (im „Landsberg“ und „Mugelburger Hof“) mit erstrecken, da wir, prinzipiell fast gar

